

Leipziger Tageblatt

und
Handels-Zeitung

Abend-Ausgabe

115. Jahrgang

Bezugspreis: Für Leipzig und Vorort monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk., halbjährlich 8,50 Mk., jährlich 16,50 Mk. (Postgebühren eingeschlossen).
Für den Rest des Reichs monatlich 1,75 Mk., vierteljährlich 5,25 Mk., halbjährlich 10,00 Mk., jährlich 19,00 Mk. (Postgebühren eingeschlossen).
Für Ausland monatlich 2,50 Mk., vierteljährlich 7,50 Mk., halbjährlich 14,00 Mk., jährlich 27,00 Mk. (Postgebühren eingeschlossen).

Das Leipziger Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates und des Magistrats der Stadt Leipzig, des Amtsgerichts Leipzig, sowie verschiedener anderer Behörden.

Anzeigenpreis: Für die erste Zeile 200 Mk., für die zweite Zeile 150 Mk., für die dritte Zeile 100 Mk., für die vierte Zeile 75 Mk., für die fünfte Zeile 50 Mk., für die sechste Zeile 30 Mk., für die siebte Zeile 20 Mk., für die achte Zeile 15 Mk., für die neunte Zeile 10 Mk., für die zehnte Zeile 7 Mk., für die elfte Zeile 5 Mk., für die zwölfte Zeile 3 Mk., für die dreizehnte Zeile 2 Mk., für die vierzehnte Zeile 1,50 Mk., für die fünfzehnte Zeile 1,00 Mk., für die sechzehnte Zeile 0,75 Mk., für die siebenzehnte Zeile 0,50 Mk., für die achtzehnte Zeile 0,30 Mk., für die neunzehnte Zeile 0,20 Mk., für die zwanzigste Zeile 0,15 Mk.

Nr. 584

Montag, den 28. November

1921

Washington im Zeichen der dritten Sensation

Hardings Gesellschaft der Nationen

Lange bevor die Abrüstungskonferenz in Washington zum Abschluss kam, erfuhr die Öffentlichkeit aus amerikanischer Quelle, daß Präsident Harding mit dem Plan umgehe, eine Gesellschaft der Nationen zu gründen, die an Stelle des Völkerbunds der Siegermächte treten und eine Verfassung haben sollte, die es auch den Vereinigten Staaten möglich machte, ihr anzugehören. Obwohl diese Ankündigung immer nur in recht unbestimmter Form erfolgte und der Mangel an Einzelheiten eine abschließende Beurteilung des Planes unmöglich machte, erregte der Hardingsche Plan in der Öffentlichkeit der ganzen Welt doch erhebliches Aufsehen, und wenn er in der Folge bei der Erörterung der weltpolitischen Verhältnisse etwas in den Hintergrund trat, so kam das einmal daher, daß dringlichere Gegenwartsfragen die Aufmerksamkeit mehr in Anspruch nahmen, und zum zweiten lag es vielleicht daran, daß Harding, bevor er an die Durchführung seines Planes heranging, erst einmal die Abrüstungskonferenz abwarten wollte, deren Verlauf naturgemäß manche Anschläge über die einzuschlagende Taktik geben konnte. Diese Erwartung hat sich, wie es scheint, erfüllt. Die in Washington versammelten Delegationen haben, trotzdem sie, wie bei früheren Konferenzen, die berühmte „Sprache der Diplomatie“ in Anwendung brachten — sie dient bekanntlich dazu, die Gedanken zu verhüllen —, den Geist, der die Politik ihrer Regierungen befeuert, verraten. Dazu hat sie das in mancher Beziehung un diplomatische Vorgehen Amerikas gezwungen, das unter Verzicht auf verlässliche Formulierungen ihnen mit einem klaren Programm, demgegenüber es Farbe zu bekennen galt, gewissermaßen ins Gesicht sprang. Es war eine Art Offenbarung gegen die Politik der Heimlichkeiten, die von Amerika in Washington eingeleitet wurde; das kann trotz der Kommissionsstimmungen hinter verschlossenen Türen festgestellt werden. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß vor der Konferenz offenbar Verhandlungen zwischen England und Amerika getroffen worden sind, die den Verlauf der Verhandlungen in bestimmte Bahnen lenken und das Endergebnis, wie es diesen beiden Ländern vorschwebte, vorbereiten sollten. Der Teufel kann eben, das hat schon die Geschichte des Militarismus gelehrt, in besonderen Fällen nur durch Verleugern ausgetrieben werden, und letzten Endes kann nur das Endergebnis einer Aktion ein Urteil darüber gefallen, ob die in ihrer Durchführung angewandten Mittel gut waren oder schlecht.

In diesen Tagen hat nun Harding dem ersten Offenstöß gegen einen zweiten und dritten folgen lassen, indem er den Plan seiner Gesellschaft der Nationen erneut in die Debatte warf. In Verbindung mit Vorschlägen, die, wie sein Abrüstungsprogramm, einer gewissen Sensation nicht entbehren: Die Washingtoner Konferenz soll zu einer ständigen, sich Jahr für Jahr wiederholenden Einrichtung gemacht werden, an der auch die bisher in Washington nicht vertretenen Völker Deutschlands und Rußlands beteiligt sein sollen. Eine an die Abrüstungskonferenz sich anschließende Finanzkonferenz soll sich ferner mit dem internationalen Valutaproblem beschäftigen, wobei in Aussicht genommen ist, daß Amerika auf die Hälfte seiner Forderungen an die Entente verzichtet, vorausgesetzt, daß die Verbandsmächte zu ähnlicher Rücksicht gegenüber ihren Schuldnern sich bereit erklären. Auch hier wieder ein Programm, demgegenüber ein Ausweichen oder ein Beharren auf Unversöhnlichkeit nicht gut möglich ist, da jede Politik, die dem von Amerika angeführten, immer deutlicher in Erscheinung tretenden internationalen Verbündniswille sich entgegenstellt, in ihrer schädlichen Wirkung in erster Linie auf ihre Urheber zurückfällt. Die internationale Wirkung der Briandreden in Washington, die nicht nur in Deutschland Verwirrung erregt hat, ist dafür der beste Beweis.

Es scheint kein Zweifel darüber möglich zu sein, daß dieser Gedanke den amerikanischen Präsidenten beherrscht, wenn er mit einer Sprache, die durch ihre Verständlichkeit verblüfft, an die drängenden Weltprobleme herantritt. Die auswärtige Politik, das ist offenbar die Überzeugung, von der er sich leiten läßt, muß aus der Dunkelkammer der Diplomatie in das grelle Licht des öffentlichen Urteils gerückt werden, damit man erkennen kann, wo Licht und Schatten liegen. Das hat vor ihm schon Wilson angestrebt, aber insofern seiner Weltfremdheit nicht durchzusetzen vermocht. Dem Heil der Menschheit wird es dienen, wenn Harding sich erfolgreicher erweist. Daß Anzeichen dafür bestehen, läßt sich nicht verkennen, wenn man das ideologische Programm der 14 Punkte Wilsons mit den praktischen Vorschlägen Hardings und ihren Wirkungen auf die Öffentlichkeit vergleicht.

Verlagung der Konferenz über Weihnachten

Paris, 18. November.

Nach einer Meldung der Chicago Tribune aus Washington wird die Konferenz in der ersten Hälfte des Dezember verlagert werden. Diese Delegation, die Weihnachten unbedingt zu Hause sein wollen, haben bereits ihre Plätze für den 13. Dezember auf der „Antantana“ belegt. In der Zwischenzeit sollen aber die Ausschüsse ihre Arbeiten fortsetzen.

Die nächste und voranschließende Vollziehung wird nach Erklärungen des Staatssekretärs Hughes erst in einigen Tagen stattfinden können.

Bis dahin, so hofft man, wird die Frage der Beschränkung der Seerüstungen hinreichend geklärt sein. Das Einvernehmen sei in großen Umfassen bereits hergestellt, insbesondere, soweit es sich um die Frage der Hauptstützenarbeiten handelt. Nur in der Tauchbootsfrage war eine Einigung bisher nicht zu erzielen. England wünscht, daß diese Frage bis zur nächsten Konferenz zurückgestellt wird.

Die „Rechte des Völkerbunds“

Beginn der französischen Obstruktion
(Eigener Drahtbericht)

Paris, 28. November.

Chicago Tribune meldet aus Washington, der amerikanische Vorschlag, nämlich eine internationale Konferenz zusammenzubringen, werde wahrscheinlich der gegenwärtigen Konferenz vorgezogen werden, wenn man zur Erörterung des Artikels 10 der chinesischen Forderungen gelange. Dieser Artikel lautet: Bei den zukünftig zu veranstaltenden Konferenzen sollen alle internationalen Fragen zur Debatte gebracht werden, besonders diejenigen, die den Pazifik und den Fernen Osten betreffen.

Der Führer der französischen Delegation in Washington, Briand, erklärte einem Vertreter der Associated-Press, der Plan des Präsidenten Harding, wenn möglich, neue internationale Konferenzen zusammenzubringen, um die großen Weltprobleme zu lösen, finde seine vollkommene Billigung. Er sei überzeugt, daß die europäischen Völker nicht glauben, daß der Gedanke des Präsidenten in die Rechte des Völkerbundes eingreifen könne. Es sei bedauerlich, wenn Amerika, das es den Völkerbund nicht anerkennt, sich isoliert fühlen würde. Ueber die Möglichkeit der Teilnahme Deutschlands an diesen Konferenzen sprach sich Briand wie folgt aus: Ich kann mich nur auf meine Rede in Genf beziehen, in der ich mich gegen den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund aussprach. Frankreich wird warten, bevor es mit Deutschland, das diese Rechte offenkundig vertritt, auf dem Stande der Gleichheit über Menschenrechte diskutiert, bis es seine Kräfte durch sorgfältige Aufrechterhaltung kundgegeben hat.

Die Zuziehung Deutschlands

(Eigener Drahtbericht)

London, 28. November.

Londoner Meldungen aus Washington bestätigen, daß der deutsche Gesandte in Washington, Herr von Helldorf, die amerikanische Regierung mitteilt, daß Deutschland bereit sei, eine Delegation nach Washington zu schicken, die bevollmächtigt sein soll, die von Briand gewünschten Garantien für Deutschlands friedfertige Absichten zu geben. Gleichzeitig habe Herrmann mitgeteilt, daß Deutschland seine Behandlung der Frage der Reparationen für dringlich und wichtig ansieht, denn eine Durchführung des jetzigen Zahlungsprogramms würde nur dazu führen, daß in Wirklichkeit niemand etwas erhält.

Die Bemühungen, Deutschland zu veranlassen, Vertreter nach Washington zu schicken, gehen auch die Vereinigten Staaten und England an. Von amtlicher amerikanischer Seite wird berichtet, daß man der deutschen Regierung bereits zu verstehen gegeben habe, sie möge alle Vorbereitungen für die Entsendung einer kleinen wirtschaftlichen und militärischen Delegation treffen, der das Recht zugesprochen werden solle, das Problem der Rüstungen zu prüfen und die Frage der Reparationen offen zu erörtern. Präsident Harding hat die Ansicht, Deutschland in die neu zu schaffende Völkervereinigung einzubeziehen, die den Völkerbund ersetzen soll.

Diese neue Völkervereinigung soll nach den Plänen Hardings die Vereinigung aller Nationen in einer losen Organisation sein, die nicht das Recht haben soll, irgendwelche Eingriffe in die Souveränität eines Staates vorzunehmen. Sie soll einen internationalen Weltgerichtshof schaffen, der alle Fragen des internationalen Rechtes klären soll. Alle Kriegsurachen sollen nach gründlicher Untersuchung beseitigt werden. Ähnlich soll eine Verammlung dieser Völkervereinigung stattfinden. Nicht nur die Großmächte, sondern auch alle kleineren Staaten sollen ihr angehören.

Diese Pläne Hardings bilden in Washington zurzeit den allgemeinen Gesprächsstoff. Japan hat schon vor einigen Tagen seine Bereitwilligkeit erklärt, die Konferenz zu einer dauernden Einrichtung zu machen. Auch China ist damit einverstanden, daß man alljährlich zusammenkommt.

Verbot kommunistischer Versammlungen im besetzten Gebiet

Die französische Besatzungsbehörde in Ludwigshafen hat in den letzten Tagen Maßnahmen gegen kommunistische Demonstrationen getroffen, und zwar in Ausführung eines von der internationalen Rheinlandkommission erlassenen Verbotes öffentlicher kommunistischer Versammlungen.

Westfälische Kriegsgefangene

Die Auslieferung der in Deutschland inhaftierten russischen Kriegsgefangenen erfolgt gemäß Art. 2 des Ergänzungsbüchchens vom 6. April 1921. Im Austausch dagegen werden die in Rußland wegen strafbarer Handlungen bisher zurückgehaltenen deutschen Kriegsgefangenen freigelassen. Ohne diese Abmachung wäre es nicht möglich gewesen, die in Rußland wegen irgendwelcher Vergehen verhafteten Deutschen vor Verbüßung ihrer Strafe freizubekommen. Diese werden, soweit bekannt, mit einem der nächsten Transporte aus Rußland abgeführt werden.

Die Konferenz von Portorose — ein Torso!

(Von unserem Wiener Mitarbeiter.)

Nun ist auch die vielbesprochene Konferenz von Portorose vorüber. Sie, die schon vor ihrer Geburtsstunde das Dasein hatte, immer wieder verschoben zu werden, hatte bei ihrem Schicksal, nicht fertig geworden zu sein. Das Werk von Portorose ist ein Torso geblieben. Es mußte ein Torso bleiben, nicht nur, weil man nicht imstande war, das gesamte Programm zu bindenden Beschlüssen zu verichten, sondern vor allem, weil schon die engberigige Beschränkung der Teilnehmer einen vollen Erfolg von vornherein ausschloß. Deutschland war zur Teilnahme an der Konferenz von Portorose nicht geladen, und wie kann man sich einbilden, das wirtschaftliche Glied Mitteleuropas zu heilen, wenn man das Deutsche Reich dabei von vornherein ausschließt? Auch die Entente-Großmächte, mit Ausnahme Italiens, haben der Konferenz eigentlich nur als Zuschauer beigewohnt, und sie haben zum Ueberflus ausdrücklich erklärt, daß die Abmachungen von Portorose die verbündeten Großmächte in ihrem Verhältnis zu den Staaten von Mitteleuropa nicht berühren könnten.

So ist die Konferenz von Portorose eigentlich nur eine bloße Auseinandersetzung der sieben Nachfolgestaaten geblieben, unter welche die alte habsburgische Doppelmonarchie aufgeteilt worden ist, nämlich: Oesterreich, Ungarn, Tschechoslowakei, Polen, Rumänien, Jugoslawien und Italien. Auf der Konferenz ist es, zuverlässigen Berichten zufolge, durchaus nicht so ruhig und glatt zugegangen, wie der offizielle Draht glauben machen wollte. Ganz abgesehen von dem erbaulichen Sprachenstreit in der Schlußphase der Konferenz über den Vorrang der französischen und der englischen Sprache, hat es im Schoße der Konferenz an scharfen Auseinandersetzungen nicht gefehlt. Viele der Beschlüsse der Konferenz sind demnach mit Vorbehalten umwickelt, doch sie kann mehr als theoretischer Natur bleiben werden. In anderen wichtigen Fragen ist es eigentlich überhaupt nicht zu einer endgültigen Entscheidung gekommen, sondern die sogenannten Beschlüsse können höchstens als Richtlinien betrachtet werden. Bei der Ueberführung aus der Theorie des grünen Konferenzstisches in die Praxis des internationalen Wirtschaftslebens bleiben den einzelnen Staaten noch genug Möglichkeiten zu Winkelzügen und passiver Resistenz. Immerhin soll der Konferenz der gute Wille nicht abgesprochen werden, mit der sie an die Sisyphusarbeit gegangen ist, in das mitteleuropäische Wirtschaftschaos einigermaßen Ordnung zu bringen. Aber es werden noch viele Konferenzen nötig sein, ja man müßte die Konferenz in Permanenz erklären, wenn man aller der Schwierigkeiten, die sich noch immer hergehob entgegenstehen, wirklich Herr werden wollte.

Eine der Haupt Schwierigkeiten bildet die unglückselige Gestaltung der Währungen in den sieben Nachfolgestaaten. Ferner ist das ehemals einheitliche Wirtschaftsgebiet der alten habsburgischen Doppelmonarchie mehr als gründlich zerstört worden. Gerade in den wirtschaftspolitischen Fragen hat sich die Manie der Selbstständigkeit in der Trennungzeit besonders gründlich ausgelebt. Zollschranken schicksalhaftester Art wurden überall aufgerichtet. Die Vereinbarkeit in den Tarifen und sogar in der Warenklassifikation hat sich schließlich für Versender und Empfänger zu einem geradezu unüberlebbar Chaos ausgewachsen. Es wird noch viele Mühe kosten, in dies fast unüberwindlich gewordene Dickicht mit der Art eine Bahn zu brechen. Letzten Endes darf man auch nicht vergessen, daß jedes der Nachfolgestaaten in dem einen oder anderen Sinne zugleich ein Durchfahrland ist, so daß eigentlich diese Fragen der allgemeinen Wirtschaftspolitik nicht von ihnen allein ausgemacht werden können.

Verhältnismäßig am einfachsten war noch die Einigung über den Eisenbahnfahrpark der alten österreichisch-ungarischen Monarchie, weil hier das seit September 1919 in Wien bestehende Wagenamts-Komitee bereits vorgearbeitet hatte. Die Konferenz von Portorose hat nun einfach das Territorialsystem aufgestellt, wonach die in den einzelnen Nachfolgestaaten tatsächlich befindlichen Wagen provisorisch als Eigentum dieser Staaten bezeichnet werden. Ferner wurde die Frage der Rückstellung der Privat- und Leihwagons, der Freizügigkeit der Wagenten und die Frage der Wagenreparatur einer grundsätzlichen Lösung zugeführt. Die technischen Einzelheiten zu diesen Vereinbarungen sollen von einer Fachmännerkonferenz in Wien festgesetzt werden. Eine weitere Kommission unter technischem Vorhitz soll über die Verteilung von Kosten, Schmiermittel, Schwellen und andere Materialfragen beraten.

Viel lockerer war der Rahmen bereits in der Frage der Postgebühren und Postverbindungen, und es wäre denkbar, daß hier einzelne Staaten einen geheimen Widerstand vorbereiten, so Jugoslawien durch den Umschlagposten: Laibach gegen die Telephonverbindung Wien-Triest. Aber der beschlossene Bau direkter Linien könnte doch mit der Zeit eine solche passive Resistenz unmöglich machen.

Den Schwerpunkt der Verhandlungen in Portorose bildete das wirtschaftspolitische Programm. Hier hat man sich, freilich nur im Prinzip, über die Aufhebung des Systems der Ein- und Ausfuhrverbote geeinigt, die bis zum 1. Juli 1922 außer Kraft gesetzt werden sollen, wobei inwischen die Erlassung neuer Verbote unterlagert ist. Hier tobte auf der Konferenz bis zuletzt noch ein hitziger Streit, ob diese Bestimmungen die Form eines Staatsvertrages erhalten oder nur Richtlinien darstellen sollen, deren

Handlungen
dem
Stiefgen,
esener,
Handen,
en recht
l. Beide
faktisch
läßt vor
er, beim
jense als
en mög-
le. Wei-
em auf-
ernde.
er und
Belde
erstmalig
gen gut
in völlig
en beide
sich sind
er. Gut
er nicht
stift den
app über
Innen-
zweilen
er Hand,
ich noch
erhöhen
m. Ichien
teile An-
mund nur
Angriffe
man ab-
wieder
ohne
allinien.
Soiel.
er Staat
sel der
Riesener,
er klärte
dies und
(2.0).
Handen
an". Die
dies auf
ist wor-
den Spiel
doch teil-
des den
Tante.
Einzel-
die Zu-
oft recht
bedunnen
verhören.
aus auf
gina, oft
hier an-
erregen.
(2.2).
nären-
vor und
technisch
hohlfürze
das kurze
eram auf
den selbst
von der
in auch
200. Die
paßendes
gelt den
ein plic-
und zwon-
zeit auf-
4: 2-Gr-
entspricht.
spiel, da
anzhöch-
reiten leb-
ad, und
nach nach
Magde-
ber geht
bis es
um durch
zeit dann
nammehr
die Hügel-
er Mitte,
t werden
Bader II
7: 2 (1);
92-Dr.-
II 7: 2;
nauhschaft
Paro-
don II-
abgebr.).
Viktor-
I und II
Stagen.
die hoch-
gemäß
Touche
verein 92
u spielen
auf Freis-
tum, die
Hüpfen
nen. In
Berliner
ub. Die
SS. ein-
wurden,
sch große
mäßig, mit
en.